

Aus: „Spectator“ vom 10. Juli 2004

<http://www.spectator.co.uk/article.php?table=old&section=current&issue=2004-07-10&id=4796>

## **LASST DOCH SLOBO FÜR SICH SELBST SPRECHEN**

### **Das Verfahren gegen Milošević ist wegen Mangels an Beweisen so gut wie zusammengebrochen**

*Von John Laughland\**

Am Montag (5. Juli) wurde das Menschenrechtsestablishment für wenige Stunden von Schrecken heimgesucht. Vor dem Internationalen Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag war im Prozess gegen Slobodan Milošević der Beginn der Verteidigungsphase anberaumt. Doch stattdessen konzentrierte sich die Verhandlung ganz auf den durch die Strapazen des Verfahrens zerrütteten Gesundheitszustand des ehemaligen Präsidenten. Als der vorsitzende Richter, Patrick Robinson, erklärte, dass eine „radikale Überprüfung“ des Verfahrens notwendig sei, fürchteten viele Gutmenschen, ihr schlimmster Alptraum könnte wahr werden - und das wichtigste Beutetier der internationalen Gemeinschaft im Kreuzzug für die Moral könnte, und wenn auch nur aus medizinischen Gründen, freikommen.

Kaum ein Menschenrechtsaktivist dachte je an einen solchen Ausgang, geschweige denn an einen Freispruch. In jener hoch politisierten Welt des internationalen humanitären Rechts hat der Grundsatz der Unschuldsvermutung niemals viel gegolten. Ein Experte für Kriegsverbrechen, James Gow, sagte am Montag auf Channel 4, dass es besser wäre, wenn Milošević auf der Anklagebank stürbe, denn wenn das Verfahren weiter seinen Lauf nehme, könnte er wegen relativ geringfügiger Anklagepunkte verurteilt werden. Das wäre schrecklich peinlich für jene, die uns wie Gow versichert haben, dass er so schuldig ist wie die Hölle. Zum Glück für sie ist das ICTY tatsächlich nicht auf einen Freispruch aus. Wie ein akademischer Experte für das ICTY, Professor Michael Scharf, zustimmend vermerkt hat, sind die Regeln des ICTY darauf angelegt, „die Möglichkeit zu minimieren, dass eine Anklage wegen Mangels an Beweisen fallen gelassen wird“, eine Gefühlsregung, auf welche die Herz-Königin stolz gewesen wäre.

So wie die Dinge nun stehen, halten sich die Richter bereit, Milošević einen Zwangsverteidiger zu verpassen. Weit davon entfernt, ihm zu helfen, geht es um die Absicht, seine Verteidigung zu schwächen, wenn von ihm verlangt wird, sich von einem Anwalt vertreten zu lassen, der die Sachverhalte weit weniger kennt als er selbst. Ein solches Manöver würde einer früheren Entscheidung der Richter gegen dieses Ansinnen ins Gesicht schlagen - und der neue vorsitzende Richter selbst war in der Vergangenheit besonders entschieden der Meinung, dass dies gegen die Rechte des Angeklagten verstoßen würde. Allein der bedrängten Anklagevertretung würde dies zum Trost gereichen. Wenn Geoffrey Nice QC nicht gerade mit dem Versuch beschäftigt war, das Gericht dazu zu bewegen, Milošević zur Aufgabe des Rauchens zu zwingen - ein sicheres Todesurteil für jeden Serben - versuchte er mehrfach, diese Wendung zu erreichen, nicht zuletzt deshalb, weil die zweijährige Verhandlungsphase der Anklage ein nahezu unabgefedertes Desaster war.

Seit Beginn des Verfahrens im Februar 2002 hat die Anklage mehr als 100 Zeugen aufgeföhren und 600.000 Seiten Beweismaterial produziert. Nicht eine einzige Person hat ausgesagt, dass Milošević Kriegsverbrechen befohlen hat. Ganze Passagen der Anklageschrift zu Kosovo blieben unbegründet, obgleich hier die Befehlsverantwortung von Milošević am eindeutigsten ist. Und wenn die Anklage versuchte ihre Tatvorwürfe zu begründen, war das Ergebnis oft eine Farce. Zu den Höhepunkten zählten der serbische „Insider“, der behauptete, im Amt

des Präsidenten gearbeitet zu haben, aber nicht wusste, auf welchem Stockwerk sich Milošević Büro befand. ‚Arkan’s Sekretär‘, bei dem sich herausstellte, dass er nur wenige Monate als Aushilfe in demselben Gebäude gearbeitet hatte wie der berüchtigte Milizenführer; die Aussage des früheren Bundespremierministers Ante Markovic, dem Milošević auf die Schliche kam, indem er Markovic’s eigenes Tagebuch für die Tage anführte, an denen dieser mit ihm angeblich Treffen gehabt hatte; der kosovo-albanische Bauer, der aussagte, er habe von der UCK noch nie etwas gehört, obgleich in seinem Dorf ein Denkmal für diese Terrororganisation steht; und der frühere Leiter des jugoslawischen Geheimdienstes, Radomir Markovic, der nicht nur feststellte, dass er von der neuen demokratischen Regierung in Belgrad gefoltert worden war, um gegen seinen ehemaligen Chef auszusagen, sondern der unter Kreuzverhör durch Milošević auch bestätigte, dass keine Befehle zur Vertreibung von Kosovo-Albanern gegeben wurden, und dass im Gegenteil Milošević die Polizei und die Armee angewiesen hatte, die Zivilbevölkerung zu schützen. Und dies alles waren, wohl gemerkt, Zeugen der Anklage.

Ernste Zweifel sind auch auf die berühmtesten Gräueltaten gefallen. Man erinnere sich an den Kühllastwagen- voll beladen mit Leichen -, über dessen Entdeckung 1999 in der Donau fröhlich im Juni 2001 berichtet wurde, just als Milošević nach Den Haag überstellt wurde. Der Lastwagen sei angeblich aus dem Fluss geborgen und dann in die Umgebung von Belgrad gefahren worden, wo sein Inhalt in einem Massengrab beerdigt worden sei. Aber das Kreuzverhör zeigte, dass es keinen Beweis dafür gibt, dass die exhumierten Leichen aus dem Kühllastwagen stammten oder dass irgendeine davon aus dem Kosovo kam. Vielmehr ist es durchaus möglich, dass das Massengrab von Batajnica aus dem zweiten Weltkrieg stammt, während der Kühllastwagen auch Kurden hätte enthalten können, die das Opfer eines grausigen Verkehrsunfalls geworden waren. Es dämmert allmählich die Erkenntnis, dass die Lügen zur Rechtfertigung des Kosovo-Krieges ebenso geflissentlich in Umlauf gebracht wurden wie die zur Rechtfertigung des Angriffs auf den Irak.

Die schwache Position der Anklagevertretung zeigte sich auch an der Tatsache, dass sie im Februar zu der triumphierenden Schlussfolgerung kam, einen Fernsehdokumentarfilm zu zeigen, der mehrere Jahre vorher gedreht worden war. Dies legt die Vermutung nahe, dass ihr zweijähriger Marathon nicht dazu gedient hat, die Erkenntnis der Wahrheit zu befördern, soweit diese über die wichtigstuerischen Geschichten hinausgeht, die seinerzeit vom TV-Schmierjournalismus in Umlauf gebracht wurde. Selbst jene, die von Beruf Anhänger des ICTY sind, geben jetzt zu, dass der einzige „Beweis“ für die Schuld von Milošević der von General Sir Rupert Smith festgestellte „Eindruck“ ist, dass Milošević die bosnisch-serbische Armee kontrolliert habe, und Paddy Ashdowns Erklärung, dass er das ehemalige jugoslawische Staatsoberhaupt „gewarnt“ habe, dass im Kosovo Kriegsverbrechen begangen würden. Im Februar räumt selbst die Chefanklägerin, Carla del Ponte, ein, dass sie nicht genug Beweise habe, um Milošević wegen der schwersten Anklagepunkte zu verurteilen.

Die angeblich unparteiischen Richter waren tief in die Stümperei der Anklage komplizenhaft verwickelt. Das ICTY ist seit langem durch eine ungesunde Interessengemeinschaft von Richtern und Staatsanwälten gekennzeichnet; ich habe selbst den ersten Präsidenten des ICTY, Richter Antonio Cassese sich rühmen hören, dass er die Ankläger ermutigt habe, Anklage gegen die bosnisch-serbischen Führer zu erheben, eine Äußerung, die ihn eigentlich disqualifiziert, jemals wieder ein Richteramt auszuüben. Im Milošević-Prozess haben die Richter eine glitzernde Parade von „Sachverständigen Zeugen“ zugelassen, die in Wirklichkeit Zeugen von gar nichts sind. In Großbritannien steht die Rolle von Sachverständigen zu Recht im Scheinwerferlicht, nachdem die Urteile gegen etwa 250 Eltern, die wegen Tötung ihrer Babies für schuldig befunden wurden, in Zweifel gezogen worden sind, weil sie auf genau dieser Art von Zeugenaussage beruhten; aber vor dem ICTY kann man „Zeuge“ sein, ohne je den Fuß auf jugoslawischen Boden gesetzt zu haben.

Zahlreiche andere Formen richterlicher Willkür sind vom ICTY legitimiert worden. Die Zulassung von Hörensagen-Beweisen ist inzwischen so außer Kontrolle geraten, dass oft Leuten gestattet wird, zu bezeugen, dass sie jemanden etwas über jemanden anders haben sagen hören. Es ist üblich beim ICTY Männern ein minderes Strafmaß (in einem Falle fünf Jahre) anzubieten, die für scheußliche Verbrechen, z.B. Massenmord, verurteilt sind, falls sie sich bereit finden, gegen Milošević auszusagen. Die Verwendung anonymer Zeugen ist inzwischen Gang und Gäbe ebenso wie die Häufigkeit von "geschlossenen Sitzungen": Ein Blick auf die Protokolle des ICTY zeigt Seiten um Seiten leer gelassen, weil sensible Dinge im Gericht behandelt worden sind - sensibel heißt: für die Sicherheitsinteressen der Großmächte, die es kontrollieren, an erster Stelle die USA. Der Tiefpunkt des ICTY war im letzten Dezember erreicht, als der ehemalige Oberkommandierende der NATO, Wesley Clark, im Milošević-Prozess aussagte; das Gericht war damit einverstanden, sein Verfahren durch das Pentagon zensieren zu lassen, und die Protokolle wurden nicht freigegeben, bevor nicht Washington grünes Licht gegeben hatte. So viel zur Transparenz und Unabhängigkeit des ICTY.

Ironischer Weise hat Sloba einen objektiven Verbündeten: den britischen Premierminister. Es ist jetzt durchaus möglich, dass die Verurteilung von Milošević nur sichergestellt ist, wenn die Doktrin der Befehlsverantwortlichkeit die weitest mögliche Auslegung erfährt, z. B. dass er von den Gräueltaten bosnischer Serben wusste und nichts tat, um sie zu unterbinden. Aber wenn Milošević wegen Mittäterschaft bei Verbrechen, die von Menschen in einem anderen Land begangen wurden, über die er keine formelle Kontrolle hatte, verurteilt werden kann, um wie viel größer ist dann die Mittäterschaft der britischen Regierung an im Irak begangenen Verbrechen der USA, eines Landes, mit dem Großbritannien in einer offiziellen Koalition steht? Dies ist nicht einfach ein billiger politischer Kalauer sondern eine ernste juristische Fragestellung: Großbritannien ist Unterzeichnerstaat des neuen Internationalen Strafgerichtshofs, und damit unterliegt Tony Blair der Gerichtsbarkeit des neuen in Haag ansässigen Gremiums, dessen Rechtsprechung nach der des ICTY gestaltet werden wird. Wenn daher Sloba wegen Untaten seiner Polizisten für zehn Jahre im Gefängnis von Scheveningen einfährt, dann sollte von Rechts wegen demnächst Tony sein Zellengenosse werden.

*Aus dem Englischen von Klaus von Raussendorff*

\*John Laughlands jüngstes Buch hat den Titel: *Le Tribunal pénal international: gardien du nouvel ordre mondial*, erschienen bei François-Xavier de Guibert, Paris, 2003.